

S' ALTERNATIVE BLÄTTLE

Kreis Böblingen

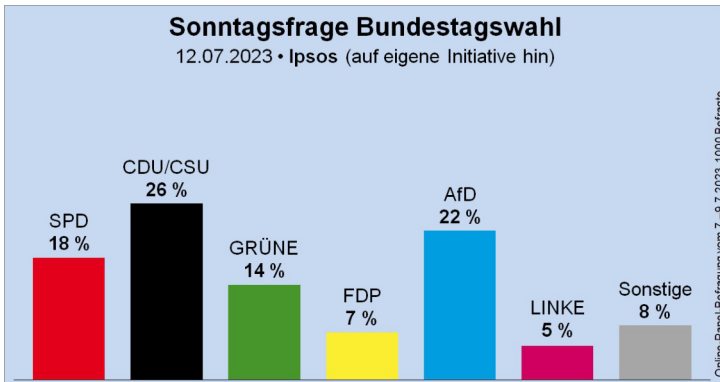
 <https://de-de.facebook.com/AfDKVBB/>

Zur Homepage



 <https://www.youtube.com/@afd-kreisverband-boeblingen>

Ihr Nachbar wird AfD wählen



Die Umfragen im Juni 2023 belegen eindeutig: Das Volk wünscht sich einen Politikwechsel. Unkontrollierte Masseneinwanderung, Steuergeldverschwendung, marode Infrastruktur, ausufernde Kriminalität, planwirtschaftliche Bestrebungen etc.

All das bewegt zum Umdenken. Mit dem Rückenwind der Umfragen versprechen wir Ihnen Politik im Interesse des deutschen Volkes zu machen und weiterhin die Missstände der Altparteienpolitik aufzudecken.

Umfragehoch im #Stolzmonat



Während das Establishment mit Unmengen an Steuergeldern vergeblich versucht den Monat Juni als "Pride Month" zu etablieren, welcher bewusst den Großteil der Bevölkerung exkludiert, entstand als integratives Pendant der Stolzmonat. Dieser

wurde auf Twitter erfolgreichster Hashtag und trieb manchen deutschlandhasenden Altparteienpolitiker zur Weißglut. Der Stolzmonat zielt darauf ab, den Stolz auf seine eigene Nation zu manifestieren. Das geschieht durch die Darstellung der Flagge im Profilbild, Erstellen von Memes und Anbringen der Flagge am Haus, Auto etc.

Die nationenübergreifende Aktion war sogar den öffentlich-rechtliche Medien ein Bericht wert.

Krönender Abschluss des Monats war die Wahl des ersten AfD-Landrats der Geschichte in Sonneberg.

Goldstück(e) des Monats



becken bedrängt hatte. Die Täter sollen die beiden Jugendlichen bedrängt und "unsittlich berührt" haben, wie die Beamten in ihrer Mitteilung schrieben.

Zum wiederholten Mal in dieser Freibadsaison ist es zu Übergriffen im Inselbad Untertürkheim in Stuttgart gekommen. Wie die Polizei mitteilte, haben Beamte am Sonntagabend zwei Männer im Alter von 20 und 25 Jahren vorläufig festgenommen.

Die beiden sollen zu einer Gruppe gezählt haben, die vier Mädchen im Familien-

Während sich der Großteil der Flüchtlinge gesetzeskonform verhält, gibt es einige unverbesserliche Straftäter. Wir fordern das konsequente Abschieben von nachweislich Schwerstkriminellen!

https://www.t-online.de/region/stuttgart/id_100194580/stuttgart-sexueller-uebergreif-in-familienbecken-festnahmen.html

Sie werden Politiker!
Kommunalwahl 2024

Bei uns zählt Ihr Engagement und Wille, etwas zu bewegen. Egal, ob Sie bereits politische Erfahrung haben oder ganz neu in der Politik sind.

Melden Sie sich jetzt per E-Mail unter:
kommunalwahl@afd-kreis-bb.de

AfD

WHO-„Reform“ beschlossen – Naht die Gesundheitsdiktatur?

Der Bundestag hat sich für eine Reform der Weltgesundheitsorganisation WHO ausgesprochen und einen entsprechenden Ampel-Antrag angenommen. Während der Covid-19-Pandemie sei deutlich geworden, so heißt es in dem Ampel-Antrag, dass der WHO die Fähigkeiten fehlten, ihr Mandat vollumfänglich zu erfüllen. Zusätzlich solle die WHO künftig im Bereich der Pandemie – Prävention und Reaktion eine zentrale Rolle einnehmen. Damit das Drama noch dramatischer klingt, packt die Ampel noch den „Klimawandel“ als größte aller Gesundheitsbedrohungen mit hinein. Figuren wie der WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus können damit temporär unbefristet die Macht über die Freiheit (Ausreise, Medikamentierung und Ausschluss aus dem öffentlichen Leben) der Wähler übernehmen; inklusive der wirtschaftlichen Folgen: Über die Hälfte der Abgeordneten wussten offenbar gar nicht, wofür sie ihre Stimme gaben.

Geschlossen dagegen gestimmt hat nur die AfD-Fraktion. Ausgeschlossen werden müsse, dass die Finanzierung zulasten Deutschlands gehe, so die Baden-Württembergerin Christina Baum MdB vor dem Bundestag.

Im Jahr 2020/21 stiegen die Beiträge Deutschlands bereits auf mehr als 1,62 Milliarden US-Dollar. Baum warnte davor, dass bei kommenden Pandemien diejenigen, die mit Impfstoffen Geld verdienen, eine Organisation finanzieren, die künftig eine Pandemie unkontrolliert ausrufen könne. Zudem warnte Baum auch vor der schleichenden Einführung eines Pandemievertrags. Umsonst: Eine Woche nach der Bundestagsabstimmung feierten die Mainstreammedien die „neue Waffe“, mit der „die Welt die Ausbreitung von Krankheitserregern“ bekämpfen könne – das „Internationale Netzwerk zur Überwachung von Pathogenen“ (International Pathogen Surveillance Network IPSN).

Damit können Entscheidungen über die Länderparlamente hinweg getroffen werden, die in neuen Pandemiesituationen ganze Staaten lahmlegen können. „Diese Zentralisierungsbestrebungen, die Verlagerung von Entscheidungen in immer entferntere Gremien, die nicht demokratisch gewählt und die vom Volk nicht zur Verantwortung gezogen werden können, entsprechen nicht dem allgemeinen Demokratieverständnis und schon gar nicht dem Demokratieverständnis unserer AfD-Fraktion“, so Baum.

Die WHO kann also eine Pandemie bestimmen, sie für beendet erklären und die notwendigen Maßnahmen beschließen – unkontrolliert von anderen Ländern.

Der Generaldirektor der WHO, zurzeit Tedros Adhanom Ghebreyesus, will dann eine Pandemie ausrufen können, wenn es ihm passt. Er kann den einzelnen Mitgliedsstaaten Maßnahmen anordnen wie zum Beispiel Einkauf und Einsatz bestimmter Arzneimittel und Impfstoffe sowie Reisebeschränkungen und Quarantäne.

Besonders bedenklich: Er soll sogenannte Falschinformationen verhindern.

Auf gut Deutsch: Zensur ausüben. „Das ist eine ziemlich unverblümete Absage an die nationale Souveränität in Gesundheitsfragen“, schreibt Handelsblatt-Redakteur Norbert Häring. „Und das zugunsten einer Organisation, die sich als völlig unfähig und unwillig präsentiert, eige-



www.gesund-ohne-zwang.de



ne Fehler zugeben und daraus zu lernen. Deren Generalsekretär noch dieser Tage die gesellschaftliche Spaltung allein auf das Virus und Falschinformationen im Internet zurückgeführt hat, gegen die er künftig mit zusätzlichen Kompetenzen vorgehen will, und nicht etwa auf Falschbehauptungen, wie dass Impfstoffe gegen Covid zu fast 100% vor Infektion schützten und schwere Nebenwirkungen praktisch nicht vorkommen“.

Pikant: Mit einer Videoansprache hatte Tedros erst Anfang Mai seine Lehren aus der gerade von der WHO für beendet erklärten Pandemie gezogen. Dabei schrieb er eine Liste von Übeln dem Virus zu, obwohl sie zu einem großen Teil auf überzogene und teilweise nutzlose Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus zurückgehen. Sogar die Geschäfte haben für Tedros nicht die Regierungen mit ihren Lockdown-Entscheidungen geschlossen, sondern das Virus.

Die Lehre, die man aus diesem Ausbund an Heuchelei und Verzerrungen ziehen muss, ist, dass die WHO nicht mehr reformierbar ist. Sie gehört abgeschafft und durch eine Organisation ersetzt, die nicht den Wünschen der Pharmabranche untertan ist.

Mittlerweile haben mehr als 350.000 Menschen eine Petition direkt an Kanzler Scholz gegen den Pandemievertrag unterschrieben. Eine ähnliche Bewegung gibt es in Großbritannien. Dort fordern hunderttausend Petenten die Regierung auf, den Pandemievertrag nicht zu unterschreiben.

Stiftungen im aktuellen politischen Geschehen

Laut 'Bundesverband Deutscher Stiftungen' sind in Deutschland im Jahr 2023 über 25.000 rechtsfähige Stiftungen registriert. Dazu gehören auch parteinahe, wie die Desiderius-Erasmus-Stiftung (AfD) oder die Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD). Wussten Sie, dass die 'Alt-Parteien' eine Förderung der AfD-nahen Stiftung aus Bundesmitteln verweigern, mit der Intention, ihre Öffentlichkeitsarbeit zu schwächen. Wie groß muss die Angst der Alt-Parteien vor einer differenzierten, kritischen und pluralistischen Meinungsvielfalt sein?

Viele Stiftungen sehen sich in der Verantwortung, die links-ideologisierte Agenda der Altparteien zu unterstützen.

Die der 'Grüne-Partei' nahestehende "Heinrich-Böll-Stiftung" startete eine Kampagne für in Deutschland lebende Afrikaner, um dieser Gruppe mehr Gehör zu schaffen. So findet man auf ihrer Homepage einen Artikel von Chantal-Fleur Sandron, einer afro-deutschen Diversity-Managerin, mit dem Titel, 'Schwarze Kinder, weiße Perspektiven. Wie divers ist die Kinderbuchbranche?' (Quelle: Heinrich-Böll-Stiftung).

Offensichtlich geht es darum, dass in deutschen Kinderbüchern zu wenig Rücksicht auf die Teilhabe von Menschen afrikanischer Kulturen genommen wird und die 'Vorherrschaft' weißer Kinder in diesen durch multikulturelle Identitäten ersetzt werden soll.

Fakt ist, dass Brüssel, unter der Leitung von Ursula von der Leyen Ende 2017, auf dem '5. EU-Afrikagipfel' in Abidjan, eine neue Agenda ins Leben gerufen hat, die Zuwanderung aus afrikanischen Ländern nach Europa zu fördern. Kanzler Scholz reiste 2022 und 2023 nach Afrika, um für Zuwanderung von Arbeitskräften nach Deutschland zu werben.

Natürlich möchten ALLE Kulturen IHRE Partikularinteressen in dem Land, in dem sie zukünftig leben, auch berücksichtigt sehen. Diese Forderung wird ja genau von der Ampel-Regierung massiv unterstützt. Identitätspolitik hat oberste Priorität.

Zuwanderung und Vielfalt ist notwendig für eine alternde Gesellschaft. Das weiß auch die AfD, die mehr Zuwanderer in ihren eigenen Reihen hat (7,2 %), als die CDU/CSU (4,1 %) oder die FDP (5,4 %) (Quelle: Mediendienst Integration online, Stand 2021)

Aber! Haben wir Deutsche auch ein (Selbstbestimmungs-)Recht auf die Erhaltung der eigenen kulturellen Identität, der Kulturdominanz?

Wann ist die Grenze erreicht, bei dem sich unser Land mit seiner eigenen kulturellen Wahrnehmung und Identität in die Bedeutungslosigkeit verliert?

Wer legt diese Grenze fest? Der Staat und/oder die Stiftungen? Eine Minderheit in der Gesellschaft bestimmt über die Mehrheit?

Welche Identitäten werden es sein, die zukünftig unseren Kindern aus den Herkunftsländern vermittelt werden? Ein Kampf der Kulturen in deutschen Kinderzimmern?

Ist es das Ziel, die deutsche Kulturdominanz zu zerstören, mit der Begründung, Konservatismus und Patriotismus seien a priori mit Rassismus gleichzusetzen?

War DAS das Motiv der Robert-Bosch-Stiftung, gemeinsam mit der Stiftung 'Offene Gesellschaft' von George Soros, vor ca. 20 Jahren eine Partnerschaft einzugehen, mit der Intention, dem Konservatismus eine politische Kraft, nämlich die des Neo-Liberalismus entgegenzusetzen, mit dem Ziel, die gedanklichen und politischen

Grenzen aufzulösen, um damit die Voraussetzungen zu schaffen, die Trennung zwischen Kulturdominanz aufzulösen?

Wie positioniert sich die Amadeo-Antonio-Stiftung dazu, in deren Stiftungsrat der Chef des thüringischen Verfassungsschutzes, Stephan Kramer zu finden ist und die mit der Robert-Bosch-Stiftung das Handbuch 'Islam und Muslime' des 'Rats für Migration e. V.' verfasste?

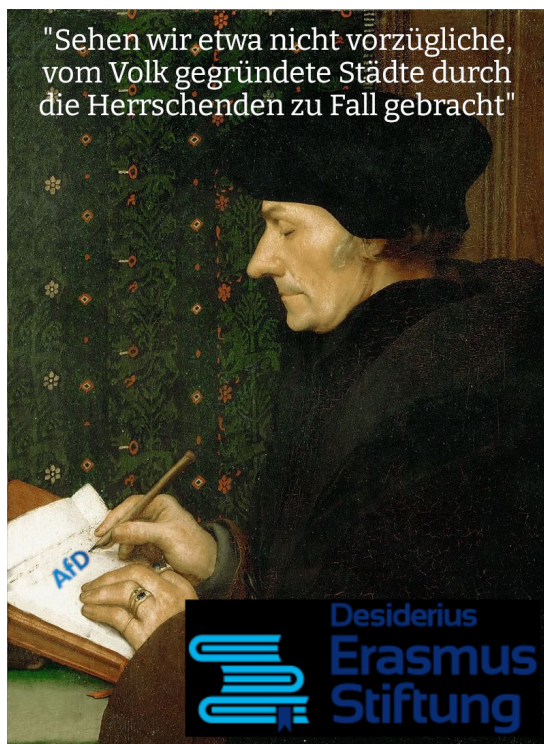
Deren Gründerin, Anetta Kahane wörtlich: "Im Osten gibt es gemessen an der Bevölkerung noch immer zu wenig Menschen, die sichtbar Minderheiten angehören, die zum Beispiel schwarz sind". Und weiter: "Es ist Zeit für einen neuen Aufbau Ost, infrastrukturell, emotional, kulturell." (Quelle: Tagesspiegel-online, Artikel: 'Flüchtlinge in Deutschland. Es ist

Zeit für einen neuen Aufbau Ost' vom 15.07.2015).

Die Bürgermeisterin von Frankfurt, Narges Eskandari-Grünberg, von den Grünen aus dem Iran, hat damit kein Problem. Für sie wandelt sich gerade die "ehemals weiße Mehrheitsgesellschaft in eine Minderheitsgesellschaft".

Fazit: viele Stiftungen tragen dazu bei, dass die deutsche Kulturdominanz massiv geschwächt wird, indem sie die links-ideologisierte politische Agenda unterstützen.

Lesen Sie den ganzen Artikel auf [https://boeblingen.afd-bw.de/ueberuns/Alternatives Blättle](https://boeblingen.afd-bw.de/ueberuns/Alternatives_Blaetle)



"Sehen wir etwa nicht vorzügliche, vom Volk gegründete Städte durch die Herrschenden zu Fall gebracht"

Jung | Weiblich | Patriotisch

Mary Khan und die AfD

Politik war schon immer ein Teil meines Lebens. Aufgewachsen in der Nähe von Offenbach am Main und in einer äußerst politischen Familie war meiner Jugend schon stark aktivistisch geprägt. Vor allem die Themen rund um den sich in Deutschland ausbreitenden Islam, seine extremistischen Strömungen und die damit verbundene, gescheiterte Integration weiter Bevölkerungsteile hatten mich schon in jungen Jahren dazu bewegt, etwas zu tun und aktiv zu werden.

Mit 19 Jahren gründete ich daher mit anderen einen Verein, der sich u.a. um Frauen aus islamischen Familien, die von Ehrenmorden, Gewalt und anderen schlimmen Strafen bedroht und mit diesem Schicksal allein gelassen wurden, kümmerte. Mit Straßenaktionen versuchten wir auf diese Probleme und das „Frauenbild“ im Islam aufmerksam zu machen, arbeiteten mit Frauenhäusern zusammen und führten Seminare durch.

Es ist unvorstellbar, welchen nachhaltigen Schaden die etablierten Parteien in den letzten Jahrzehnten unserem Land und unserer Gesellschaft mit ihrer Einwanderungs- und Integrationspolitik zugefügt haben.

Die Ergebnisse waren bereits in den 2010er Jahren – gerade im Rhein-Maingebiet – deutlich sichtbar, sei es in den Schulen oder im Straßenbild. Wer einmal durch Offenbach läuft, der weiß, welches Deutschland uns blüht, wenn nichts unternommen wird. Als Angela Merkel dann 2015 die Grenzen öffnete und jeden ins Land ließ, war für mich klar, dass der nächste Schritt unternommen werden musste.

Ich lief bei Pegida mit, demonstrierte in Magdeburg und anderen deutschen Städten gegen die Politik der offenen Grenzen und gegen Multikulti. Durch ein Praktikum in der AfD Landtagsfraktion Brandenburg kam dann der Eintritt in die AfD, die JA (Junge Alternative) und die Wahl in

den hessischen Landesvorstand sowie in den Bundesvorstand unserer Jugendorganisation. Der dadurch entstandene Gegenwind an meiner Uni bestärkte mich nur noch zusätzlich: Antifaterror, die Einschränkung des Diskurses, der freien Lehre und Genderwissenschaften.

All das waren und das sind Eingriffe in unsere Art zu leben, die wir nicht tolerieren können. Hyperindividualismus, die Dekonstruktion der eigenen Geschichte und der eigenen Gesellschaft sind zutiefst menschenverachtende Wertvorstellungen, da sie den Menschen dort angreifen, wo er seinen Halt, seine Stabilität und Identität findet: in der Familie, der Gemeinschaft und schlussendlich im eigenen Volk.

Politiker haben diesem Volk zu dienen und sich vor allem von einer Frage leiten zu lassen: Ist das, was ich tue, gut für die eigene Gemeinschaft oder ist es das nicht?

Leider ist diese Maxime unter den Etablierten nicht mehr weit verbreitet. Wie ließe sich ansonsten erklären, dass seit Jahren Millionen illegaler Migranten ins Land gelassen und damit unser Sozialstaat, unsere Schulen, Krankenhäuser und Sicherheitsdienste überfordert werden und schlussendlich sogar deutsche Rentner ihre Wohnungen verlassen müssen, um jungen Migranten Platz zu machen?

Gute Politiker würden solch eine Entwicklung nicht zulassen. Sie wür-



den das Lebenswerk der Älteren ehren statt es retrospektiv zu verdammen und sie würde die Lebensleistung honorieren statt sie mit einer Minirente zu verhöhnen.

Für solch eine Politik setze ich mich ein.

Dafür bin ich in die AfD eingetreten.

Ihre Mary Khan

Die öffentlich-rechtlichen Medien bestehen überwiegend aus staatlichen und regierungsnahen Vertretern. Der ZDF-Fernsehrat besteht beispielsweise aus mindestens 45% Altparteimitgliedern und vielen weiteren von Ministerpräsidenten designierten Vertretern teils skurriler Verbände. Wir arbeiten als einzige relevante Partei darauf hin, die Zwangsgebühren abzuschaffen, weshalb ein neutraler Umgang mit uns seitens öffentlich-rechtlicher Medien ausgeschlossen ist. Um gewissermaßen ein Korrektiv zur einseitigen Berichterstattung darzustellen, sind wir dabei unsere eigenen Medien zu etablieren, etwa in Form dieser Zeitung.

Auch Sie persönlich können zur Rettung Deutschlands beitragen. Bemerkenswert ist, dass der Staat für jeden €, den Sie uns spenden, 45 ct draufschlägt und Sie die Spende weiterhin von der Steuer absetzen können (hierfür Name und Anschrift angeben).

**Spende AfD Kreisverband Böblingen
 BW Bank
 IBAN: DE49 6005 0101 0004 3346 86
 BIC: SOLADEST600**



V.i.S.d.P.:
 Markus Frohnmaier
 Alternative für Deutschland
 Kreisverband Böblingen
 Postfach 1246 · 71103 Magstadt
 Email: boeblingen@afd-bw.de
 Homepage: <https://boeblingen.afd-bw.de/>